

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Katja Breuer
Ausschussmitglied Michael Kunze

Mitglied SPD-Fraktion

Vertreterin Christina Heide
Ausschussmitglied Gesche Marxfeld

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzender Georg Berner-Waindok
Ausschussvorsitzende Helga Weinstock

Mitglied FDP-Fraktion

Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied AfD-Fraktion

Vertreter Thorsten Morße

Vertreterin der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Beata Bartnick-Hoeft

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Martin Burkhart
Stimmberechtigter Sachverständiger Uwe Streib

Schülervertretung

Schülervertreter Maik Hergenröther

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Matthias Thode

Gastgebende Schule

Schulleiterin Frau Schürmann

Gäste aus den Schulen

Frau Becker (Ganztagsgrundschule Rüstersiel), Frau Bruhn (IGS), Frau Mlodzian (Grundschule Finkenburg), Frau Schnitger (BBS Wilhelmshaven), Herr Pommer (OBS Stadtmitte), Herr Stöver (Marion-Dönhoff-Schule)

Verwaltung

Frau Burmeister (GGS), 1. Stadtrat Herr Schönfelder, Herr Feist, Herr Mertens, Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 06.09.18
- 3 Genehmigung der Tagesordnung
- 4 Vorlagen an den Rat
 - 4.1 Haushalt 2019/20
 - 4.1.1 Haushaltsberatung zum Teilhaushalt Bildung und Sport (Bereich Schulen)
 - 4.1.2 Vorstellung der Schulprojekte bei GGS
 - 4.1.3 Antrag AfD-W-Fraktion: Finanzierung von Leihgebühren der Schulbücher an öffentlichen Schulen in Wilhelmshaven **535/2018**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Informationen durch die Grundschule Sengwarden
 - 5.2 Anfrage zu zusätzlichem Personal an Schulen
 - 5.3 Anfrage zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)
 - 5.4 Anfrage zu den Sprachkenntnissen der Schulkinder

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende, **Frau Weinstock**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 06.09.18

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 06.09.18 wurde einstimmig genehmigt.

- 3 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde einstimmig genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Haushalt 2019/20

- 4.1.1 Haushaltsberatung zum Teilhaushalt Bildung und Sport (Bereich Schulen)

Herr Schönfelder leitete die Vorstellung des Teilhaushaltes Bildung und Sport ein. Anschließend erläuterte **Herr Mertens** die acht Produkte aus dem Teilhaushalt zum Bereich Bildung. Zunächst ging er auf das Produkt Grundschulen (dort Mehraufwendungen i. R. des Ganztags) ein. In Bezug auf die steigenden Schülerzahlen und ggf. neue Schulstandorte hinterfragte **Herr Dr. von Teichman**, ob man mit den Zahlen nicht zu vorsichtig sei. **Herr Mertens** gab an, dass man im Doppelhaushalt 2019/20 dies noch nicht berücksichtigen könne, jedoch die strategischen Entscheidungen zu neuen Standorten in die nachfolgenden Haushalte einfließen (Mietzahlungen an GGS). Auf Frage von **Frau Heide** erwiderte **Herr Mertens**, dass nachfolgend noch zu den Möglichkeiten und ggf. nötigen Schulstandorten berichtet werde.

Weiter erläuterte **Herr Mertens** das Produkt Oberschulen, u. a. mit den Kosten zur Herrichtung der Differenzierungsräume an der Oberschule Stadtmitte. **Herr Dr. von Teichman** hielt es für unwahrscheinlich, dass hier die Kosten wieder sinken, wenn sich die Schülerzahlen wie bislang prognostiziert entwickeln. Zum Produkt Förderschulen erklärte **Herr Mertens** auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman**, dass das Förderzentrum mit Blick auf die Förderschule Sprache Bestand habe.

Das Produkt Schülerbeförderung erklärte **Herr Mertens**, teile sich in 1,1 Millionen für die Beförderung durch die Stadtwerke Verkehrsgesellschaft, 500.000,-- € für die Individualbeförderung und 500.000,-- € für das laufende Geschäft mit z. B. den sogenannten Gipsbeintransporten. Hinzu gab er an, werde im kommenden Jahr die Individualbeförderung neu ausgeschrieben. Auf Frage von **Frau Heide** gab **Herr Mertens** an, werde auf Grund der u. U. erfolgenden Verteilung von Flüchtlingskindern auf andere Grundschulen Schülerbeförderung nötig. **Herr Feist** verwies auf die mehrheitlich Abstimmung mit den Grundschulen, wonach nur Flüchtlingskinder und nicht alle fremdsprachigen Kinder verteilt werden. Auf Nachfrage von **Herrn Dr. von Teichman** teilte **Herr Mertens** mit, dass die 1,1 Millionen € für die Stadtwerke unabhängig von den Landesmitteln auch dort vereinnahmt werden.

Auf Bitte von **Herrn Burkhardt** wird die Gesamtschülerzahl zum Produkt Sachkosten (Gastschulgelder) ergänzend zu Protokoll genommen: Zum Sachstand 12/2018 wurden für das Schuljahr 2017/18 für 289 SchülerInnen an andere Schulträger Sachkosten erstattet. Im Übrigen wird auf den Teilhaushalt verwiesen.

Frau Weinstock bat um Zustimmung zum Teilhaushalt Bildung und Sport, Bereich Bildung. Dem Teilhaushalt wurde wie vorgestellt einstimmig zugestimmt.

Herr Feist führte anschließend aus, dass man im Gegensatz zu früheren Zeiten inzwischen wieder mit steigenden Schülerzahlen rechnen und blickte auf die bisherige Schulentwicklung mit den vielen Einzelmaßnahmen zurück. Anschließend ging er auf bereits begonnene und noch anstehende Maßnahmen und die Finanzmittel ein.

Die prognostizierten Einschulungen stellte **Herr Feist** vor. Mit den steigenden Schülerzahlen und Klassen gehe ein höherer Raumbedarf einher. Er machte deutlich, dass die IGS die Kapazitätsgrenze erreicht habe und auch die anderen weiterführenden Schulen räumlich limitiert seien. Die Klassenanzahl werde deutlich steigen.

Eine Sechszügigkeit einer Oberschule werde übereinstimmend mit der Schulleitung nicht für sinnvoll erachtet. Man brauche also eine neue Schule oder den Fortbestand des Außenstandortes der Oberschule Stadtmitte in der Paul-Hug-Straße. Letzteres sei von der Schule selbst nicht gewollt.

Anschließend erläuterte er die Möglichkeiten für einen neuen Standort im Primarbereich, wie die Schaffung räumlicher Kapazitäten an bestehenden Schulstandorten, eines Neubaus oder des Umzugs der katholischen Grundschule St. Martin. **Herr Mertens** wies ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei den dargestellten Optionen nur um Möglichkeiten handele. **Herr Dr. von Teichman** führte als weitere Option noch die Wiederbelebung der Grundschule Peterstraße auf, da dieser Standort im von der Zuwanderung bzw. steigenden Schülerzahlen betroffenen Wohnbereich liege. **Herr Schönfelder** dankte für die Nennung weiterer Optionen und wies auf die nötigen Gespräche und Abstimmungen mit GGS hin. **Herr Feist** wünschte sich 2019 als Jahr der politischen Entscheidungen. Nachfolgend müsse die Planung und Umsetzung erfolgen.

Auf die Anlage „Klausurberatung_2018“ wird verwiesen.

4.1.2 Vorstellung der Schulprojekte bei GGS

Frau Burmeister stellte die Schulprojekte bei GGS vor. Dabei ging sie zunächst u. a. auf die abgeschlossene energetische Sanierung im 2. OG der BBS in der Friedenstraße und die Herrichtung der Außenstelle der OBS Stadtmitte in der Paul-Hug-Straße ein. Auf Frage von **Herrn Burkhart** führten **Herr Schönfelder** und **Herr Feist** aus, seien im WiPlan für 2019 noch keine Planungsmittel zur Aula in der OBS Stadtmitte eingestellt, dies erfolge erst 2020. **Frau Weinstock** wünschte, dass man in den nächsten Sitzungen über die Aula sprechen müsste, um zu entscheiden, ob ein Um- oder ein Neubau erfolge.

Anschließend ging **Frau Burmeister** auf den Bildungs-Campus mit den noch zu errichtenden Fahrradständen ein. Die Frage von **Frau Heide**, ob überdachte Fahrradstände errichtet werden, bejahte sie. **Herr Dr. von Teichman** wusste dies aus den Klausurberatungen zu bestätigen.

Danach ging **Frau Burmeister** auf die energetische Sanierung der Marion-Dönhoff-Schule ein. Auf Frage von **Herrn Dr. von Teichman** zur Ausstattung des Biologieraumes teilte **Frau Burmeister** mit, seien 150.000,-- € in 2019 eingeplant. Anschließend wurde Herrn Stöver, Leiter der Marion-Dönhoff-Schule, einhellig das Wort erteilt. **Herr Stöver** gab an, dass die mit GGS vereinbarte kleine Lösung in zwei Wochen abgeschlossen sei und man dann über drei naturwissenschaftliche Räume verfüge.

Frau Burmeister wies dann auf die Mittel für die i. R. des G9 benötigten Räume am NGW hin. **Herr Mertens** verwies auf die Fördermittel des Bundes i. R. des Digi-Paktes hin, welche sich als Planposition im WiPlan wiederfinden. Auf Fragen von **Herrn Burkhart** gab **Herr Mertens** an, liege in Bezug auf die EDV-Ausstattung schon vieles vor und es seien Medienkonzepte nötig. SDW gebe die IT-Infrastruktur und die Schulen den pädagogischen Teil vor.

Des Weiteren verwies **Frau Burmeister** auf die Mittel für die Schulhofgestaltung. Auf Nachfragen von **Herrn Dr. von Teichman** und **Herr Burkhardt** erklärte **Herr Hofmann**, habe man die Schulhofgestaltung zu den Grundschulen Finkenburg und Rüstertsiel für 2019 priorisiert. Abhängig sei man von der planerischen Unterstützung durch TBW. Zur Grundschule Rüstertsiel liege eine mit der Schule vor Jahren abgestimmte Planung vor, während es zur Grundschule Finkenburg ein Konzept gebe, an das die Umgestaltung angelehnt werde. Auf Nachfrage von **Herrn Kunze** teilte **Frau Burmeister** mit, erfolge nach Abschluss der Bauarbeiten auch eine teilweise Neugestaltung des Schulgeländes der OBS Stadtmitte. **Herr Burkhardt** erfragte, ob zukünftig die hier zur Verfügung zu stellenden Mittel erhöht werden sollen. **Herr Feist** teilte mit, dass man auch i. R. der Kostenermittlung auf die Unterstützung durch TBW angewiesen sei.

4.1.3 Antrag AfD-W-Fraktion: Finanzierung von Leihgebühren der Schulbücher an öffentlichen Schulen in Wilhelmshaven 535/2018

Herr Moriße stellte den Antrag der AfD-W-Fraktion vor, mit dem die Verwaltung Voraussetzungen für die vollständige Übernahme der Schulbuchausleihentgelte schaffen soll. Er teilte dabei mit, dass der Antrag auch den BBS-Bereich einschließe. Unter Verweis auf die positive Bilanz der Stadt Wilhelmshaven solle zumindest ein Teil der Entgelte übernommen werden. Auf den Antrag 535/2018 wird verwiesen.

Herr Schönfelder führte aus, dass der Antrag den Falschen treffe, da es sich um Landesmittel handele. Er verwies auf die Lernmittelbefreiung, die ca. 27,5 % der Erziehungsberechtigten betreffe, und die per Erlass des Kultusministeriums festgelegten Entgelthöhen. Es komme bei Entgeltübernahme zu Mitnahmeeffekten durch Familien mit guten Einkommen und er fragte nach der Gegenfinanzierung. **Herr Moriße** erklärte, Zielgruppe seien die Familien mit geringen Einkommen; Wilhelmshaven sei eine Stadt, in der Mindestlohn hohe Priorität habe. Auch **Herr Feist** wies darauf hin, dass mit einer globalen Regelung auch gut verdienende Familien von der Entgeltzahlung befreit werden. Der Zahl von Kindern, die von der Lernmittelfreiheit betroffen sind, betrage zzt. 1929. Hinzu verwies er auf die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket i. H. v. 100,-- € pro Schulkind für die Beschaffung von schulischem Material. Diese Summe, so **Herr Feist**, solle in 2019 auf 150,-- € aufgestockt werden. **Herr Dr. von Teichman** sprach sich dafür aus, nicht die gesamte Schülerschaft auszustatten, schließlich seien bedürftige Personen bereits im Erlass zur Schulbuchausleihe berücksichtigt. **Herr Moriße** teilte mit, dass es hier um Schulbücher gehe, damit müsse man anfangen. Z. B. seien 750.000,-- € für einen Hockey-Platz nicht so wichtig wie kostenfreie Bildung. Die Stadt könne diese Leistung übernehmen, Bildung müsse für alle kostenfrei sein. **Herr Burkhardt** gab an, dass dem Stadtelternrat keine Benachteiligung oder Elternbeschwerde bekannt sei. Hinzu verwies er auf die Entgeltreduzierung, wenn in einer Familie drei oder mehr Kinder schulpflichtig seien.

Frau Breuer fragte, wie viel Kinder ohne Schulbücher am Unterricht teilnehmen. In solchen Fällen, so **Herr Feist**, hätten die Schulleitungen die Möglichkeit, das Jugendamt zu informieren. **Frau Breuer** und **Frau Weinstock** wiesen darauf hin, dass der Antrag im Laufe der Vorstellung und Begründung umformuliert worden sei.

Herr Dr. von Teichman wies auf die rechtlichen Möglichkeiten für Anspruchsberechtigte und Aufstocker zur Lernmittelbefreiung hin. Besserverdienende bräuchten die Befreiung nicht.

Anschließend verlas **Frau Weinstock** den Antrag und bat zur Abstimmung. Bei einer Enthaltung und einer Zustimmung wurde der Antrag 535/2018 mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss: -mehrheitlich abgelehnt-

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Informationen durch die Grundschule Sengwarden

Frau Schürmann, Leiterin der Grundschule Sengwarden, stellte ihre Schule mit zzt. 104 Kindern (davon 54 männlich, 50 weiblich und ein Flüchtlingskind) vor. Zum Kollegium zählen sechs Vollzeitlehrkräfte, eine Teilzeitlehrkraft und zwei Förderlehrkräfte sowie zwei Abordnungen aus der Grundschule Voslapp. Zu den vier pädagogischen MitarbeiterInnen führte sie aus, dauerten die Einstellungsverfahren zzt. bis zu vier Monate. Hinzu, so **Frau Schürmann**, verfüge ihre Schule noch über zwei Integrationshelfer, einen Hausarbeiter und eine Reinigungskraft, deren Arbeitszeit jedoch nicht ausreiche. Die Schulsachbearbeiterin sei an zwei Tagen pro Woche im Sekretariat, was ebenso nicht ausreichend sei. Ihre Schule benötige anteilig Schulsozialarbeit. Hinzu verwies sie auf das starke ehrenamtliche Engagement, z. B. zur Bücherei und beim Schulfrühstück.

Baulich sei eine Menge passiert: u. a. neue Fenster im Altbau, neuer Unterrichtsraum, Windfang, Akustikdecken, WC-Sanierung. Für letzteres seien aber nicht genügend Mittel eingesetzt worden. **Frau Schürmann** verwies auf die guten Ideen bei der Umsetzung von Frau Germann-Koch vom Fachbereich Bildung und Sport, z. B. zur Möblierung im Eingangsbereich. Schwierig sei, dass sie nicht über ein eigenes Büro verfüge, denn sie teile sich das Büro mit der Schulsachbearbeiterin. Im Hause sei die Telefonanlage erneuert worden, jedoch verfüge die Schule nicht über eine WLAN-Anbindung. Das Medienkonzept sei in Vorbereitung. Zum Schulhof führte **Frau Schürmann** auf, sei Neues nötig, ein Rasenfläche häufig zu nass und die Teerfläche breche z. T. auf. Sie wünschte sich mehr Grün. Bei Lehrer-WC, Dach und Heizung gebe es noch Sanierungsbedarf. Verbesserungsbedarf sah **Frau Schürmann** auch bei der Sprunggrube und den Sportgeräten. Schließlich äußerte sie die Wünsche, von der Stadt ein Budget für Fahrten zu den außerschulischen Lernorten u. ä. zu erhalten und bezüglich eines räumlichen Ausbaus des Betreuungsbereiches.

Herr Moriße hinterfragte mit Hinweis auf die Schulbuchausleihe die Kosten der Schülerbeförderung des Flüchtlingskindes. **Frau Schürmann** erklärte, dass das Kind i. R. der Verteilung von Flüchtlingskindern aufgenommen wurde. **Herr Schönfelder** teilte mit, dass die Schülerbeförderung nicht optimal, aber notwendig sei. Der finanzielle Umfang der Schülerbeförderung, so **Herr Feist**, werde ergänzend zu Protokoll genommen, wobei er auf die pädagogischen Argumente und die fantastische Integrationsleistung verwies.

Protokollergänzung: Die Leistungen der Schülerbeförderung für das zzt. an der Grundschule Sengwarden beschulte Flüchtlingskind haben im Schuljahr 2018/19 (Monate August bis Oktober) bislang folgenden finanziellen Umfang: 739,67 €.

Auf Rückfragen von **Herrn Dr. von Teichman** zur Schulbibliothek erklärte **Frau Schürmann**, dass es sich um eine Dorfbücherei handle, die Kindern und Erwachsenen zur Verfügung stehe. Die Büchereiteil für Erwachsene werde vollständig aus Spenden bestritten und durch Ehrenamtliche betreut. Auf weitere Frage zum Schwimmunterricht berichtete **Frau Schürmann**, erreichten viele Kinder das Seepferdchenabzeichen und ein kleiner Teil der Kinder verlasse die Schule mit dem Goldabzeichen.

Herr Moriße fragte mit Blick auf ein SchA-Protokoll, ob die Schule im Jahr 2017 zwei Flüchtlingskinder angefordert habe. **Herr Feist** verwies auf den Klassenteiler.

Herr Dr. von Teichman forderte mit Hinweis auf die Nässeproblem auch an den Grundschulen Wiesenhof und Rüstersiel, nun Tempo zu machen. **Herr Feist** verwies auf GGS und TBW, die für die Entwässerung zuständig seien und die nötigen Mittel im WiPlan von GGS. **Herr Mertens** bat um Beachtung der nicht vorhandenen personellen Ressourcen.

5.2 Anfrage zu zusätzlichem Personal an den Schulen

Für zusätzliches Personal an Schulen (Sozialpädagogen, Erzieher) warb **Herr Dr. von Teichman**. **Herr Feist** verwies auf die zzt. unbesetzte Stelle zur Koordinierung der Schulsozialarbeit. Nach Besetzung dieser Stelle könne man schauen, ob aus dem vorhandenen Budget etwas geschafft werden könne. **Herr Schönfelder** wies hierbei darauf hin, dass das Land Niedersachsen zuständig sei und die besonders ausgebildeten Pädagogen liefern müsse. Die Stadt müsse sich hier vor solchen Ausgaben schützen. **Herr Dr. von Teichman** hält die Unterstützung der Schule durch die Stadt für nicht verkehrt und verwies auf einen entsprechenden Antrag seiner Fraktion zum Haushalt 2019/20.

5.3 Anfrage zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)

Herr Dr. von Teichman wünschte Informationen zum BuT und dem dazu vorhanden System. **Herr Feist** teilte mit, dass diese Informationen zu einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

5.4 Anfrage zu den Sprachkenntnissen der Schulkinder

Herr Dr. von Teichman fragte, wie viele Schulkinder ohne ausreichende Sprachkenntnisse es gebe. **Herr Feist** kündigte an, mit Frau Gäde vom Gesundheitsamt und Frau Borowski von der AWO Kontakt aufzunehmen, damit in eine SchA-Sitzung informiert werden könne.

Ende öffentlicher Teil

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 17:55 Uhr

Feist
Referatsleitung

Weinstock
Vorsitz

Hofmann
Protokollführung